

Titel [zurückgezogen] Mental Health Matters

AntragstellerInnen UB Mönchengladbach

Zur Weiterleitung an

Angenommen

Mit Änderungen angenommen

Abgelehnt

[zurückgezogen] Mental Health Matters

- 1 Innerhalb eines Jahres erkrankt jeder dritte Mensch an einer psychischen Erkrankung. Aber laut dem Ärz-
2 teblatt werden nur 42% von ihnen versorgt. Die Versorgungslücke ist sogar bei schweren Erkrankungen
3 alarmierend. So werden beispielsweise nur etwa 25% aller Menschen, die an einer Alkoholsucht leiden
4 behandelt.
- 5 Während der Corona-Pandemie häuften sich die Fälle von Depressionen und Angststörungen. Bereits
6 vor der Pandemie mussten Menschen Monate oder sogar Jahre auf einen Therapieplatz warten, jetzt
7 spitzt sich die Lage zu. Doch es scheint keine Besserung in Sicht zu sein. Deshalb fordern wir Jusos eine
8 umfassende Reform der Versorgung von psychischen Erkrankungen und unterstützen die Forderungen
9 von zahlreichen Verbänden, die seit Jahren in diesem Bereich laut sind.
- 10 Laut eines Gutachtens des G-BAs (Gemeinsamer Bundesausschuss) fehlten 2017 allein in NRW 2.400 Kas-
11 sessitze für Psychotherapeut*innen. Es wurden aber nur 776 Kassensitze genehmigt. Das bedeutet, dass
12 bereits vor der Pandemie 1.700 Kassensitze in NRW fehlten. Eine Unterversorgung, die durch die Auswir-
13 kungen der Pandemie katastrophale Auswirkungen genommen hat.
- 14 Deshalb fordern wir die sofortige Erhöhung der Kassensitze. Das bedeutet, dass wir 1.700 neue Kassensit-
15 ze allein in NRW fordern. Dabei darf es nicht mehr passieren, dass die Versorgung in einer Stadt besonders
16 einseitig ist. Denn aktuell erleben Menschen mit Traumafolgestörungen oder Suchterkrankungen, dass
17 sie auf Grund ihrer Diagnose von Therapeut*innen nicht behandelt werden.
- 18 Bei der Besetzung der Kassensitze müssen Spezialisierungen berücksichtigt werden, damit eine Bedarfs-
19 gerechte Behandlung für ALLE psychischen Erkrankungen in der eigenen Stadt oder im eigenen Kreis
20 möglich ist.
- 21 Außerdem dauert die Genehmigung einer Therapie häufig sehr lange, in dieser Zeit verschlechtert sich
22 oft der mentale Zustand der Patient*Innen oder Therapien können nicht regelmäßig stattfinden. Daher
23 fordern wir eine Bearbeitungsfrist von Anträgen für die Krankenkassen.
- 24 Zudem ist es privatversicherten Kindern und Jugendlichen, die eine Therapie wahrnehmen möchte, nicht
25 möglich dies anonym zu tun. Ihnen ist es oftmals unangenehm das Thema zuhause anzusprechen und
26 der Weg zur Hilfe wird dadurch unnötig erschwert. Aufgrund dessen fordern wir die Anonymisierung der
27 Therapie für privatversicherte Kinder und Jugendliche.